**Wettbewerbspolitik**

**Aufgabe**: Arbeite aus dem Text heraus, welche Maßnahmen die Bundesregie rung gegen die Marktmacht der Digitalkonzerne unternommen hat.

**Big Tech: Deutsche Digitalpolitiker befürworten Zerschlagung großer Techkonzerne als letztes Mittel,** Dietmar Neuerer 14.06.2021

*Die USA holen mit mehreren Gesetzesinitiativen zum Schlag gegen die Techkonzerne aus. Auch in Europa gibt es Bestrebungen für eine schärfere Regulierung.*

Berlin. In Deutschland gewinnt die Debatte über eine schärfere Regulierung großer Internetkonzerne an Fahrt. Anlass sind die Bestrebungen in den USA, die Entflechtung von dominanten Unternehmen zu ermöglichen, sowie die Pläne der EU-Kommission, die Digitalwirtschaft neuen Regeln zu unterwerfen und die Wettbewerbsbedingungen kleinerer europäischer Anbieter zu verbessern.

„Nicht ohne Grund wird im Kontext von Industrie 4.0 von einer industriellen Revolution gesprochen“, sagte der digitalpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Jens Zimmermann, dem Handelsblatt. Solche epochalen Veränderungen benötigten entsprechende regulative Instrumente. „Dazu gehört für mich aufgrund der massiven Anhäufung von Kapital und Marktdominanz auch die Zerschlagung von einzelnen Konzernen.“

Nur weil dieses Instrument in den vergangenen Jahrzehnten nicht oder nur sehr selten angewandt worden sei, sei es nicht untauglich. „Wenn Unternehmen zu große Marktmacht anhäufen, sollten immer die Alarmglocken schrillen“, sagte Zimmermann weiter. Dies sei bei den großen US-Technologieunternehmen zunehmend der Fall.

Insofern begrüße er die mit der Reform des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) geschaffene Möglichkeit für das Bundeskartellamt, künftig leichter gegen Wettbewerbsverzerrungen vorzugehen, wenn marktbeherrschende Digitalunternehmen ihre Position ausnutzen. „Es ist wichtig, auch hier europäisch nachzuschärfen“, betonte der SPD-Politiker.

Ähnlich äußerte sich der CDU-Digitalpolitiker Tankred Schipanski. „Eine Zerschlagung von Unternehmen sollte immer nur das letzte Mittel sein, um ausufernde Monopole aufzubrechen“, sagte Schipanski dem Handelsblatt. Besser sei, das sogenannte Tipping von Märkten, also das Erreichen einer kritischen Masse auf einer Seite eines Plattformmarktes, im Vorhinein zu verhindern. Das GWB biete hier umfassende Möglichkeiten und sollte für das geplante EU-Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act, DMA) Vorbild sein.

Der DMA ist Teil eines umfassenden Gesetzespakets, mit dem die EU-Kommission die Marktmacht großer Internetkonzerne begrenzen will. Der Digital Markets Act befasst sich mit den wettbewerbsrechtlichen Aspekten. Das Gesetz für digitale Dienste (Digital Services Act, DSA) geht gesellschaftliche Fragen an. […]

**Mehr Befugnisse für das Bundeskartellamt**

Deutschland ist schon weiter. Zu Jahresbeginn beschloss der Bundestag neue Befugnisse für das Bundeskartellamt. Die GWB-Novelle besteht vor allem aus einem neuen Paragrafen 19a. Dieser erlaubt es dem Kartellamt erstmals, eine „überragende marktübergreifende Bedeutung“ von Digitalplattformen festzustellen und ihnen daraufhin bestimmte Praktiken zu untersagen.

Beispielsweise soll sichergestellt werden, dass die Internetriesen ihre eigenen Produkte auf ihren Plattformen nicht bevorzugt vor Produkten von Konkurrenten anbieten. Kartellverfahren sollen beschleunigt werden, damit die Behörden zügiger für einen fairen Wettbewerb sorgen können.

Unternehmenszusammenschlüsse sollen erst der Kontrolle unterliegen, wenn ein beteiligtes Unternehmen in Deutschland mindestens einen Jahresumsatz von 50 Millionen Euro macht, statt bisher 25 Millionen und außerdem ein anderes beteiligtes Unternehmen einen Jahresumsatz in Deutschland von mindestens 17,5 Millionen Euro macht, statt bisher fünf Millionen.

In den USA wiederum sind bereits konkrete Schritte gegen die Marktmacht großer Digitalkonzerne in Vorbereitung. Das Abgeordnetenhaus im US-Kongress hat gleich fünf Gesetzentwürfe vorgelegt, die die Macht von Gafa (Google, Amazon, Facebook und Apple) drastisch beschneiden könnten. Vorgesehen ist etwa, die Zerschlagung von dominanten Unternehmen zu vereinfachen oder es Großkonzernen zu erschweren, kleinere Konkurrenten aufzukaufen. So hat es Facebook etwa mit Instagram und WhatsApp getan oder Google mit YouTube. […]

Die Münchner Wettbewerbsökonomin Monika Schnitzer bekundete Sympathie für eine Zerschlagung großer Konzerne. „Der Vorteil von strukturellen Lösungen ist, sie erfordern deutlich weniger Regulierungsaufwand und sorgen sofort für mehr Wettbewerb“, sagte Schnitzer dem Handelsblatt. Die Einsicht, dass strukturelle Maßnahmen notwendig seien, wenn jahrzehntelange Regulierung nicht erfolgreich sei, habe in den USA schon 1984 zur Zerschlagung des US-Telefonkonzerns AT&T geführt.

Die EU sei hingegen beim Thema Zerschlagung von großen Digitalkonzernen bisher „sehr zurückhaltend“. Im Entwurf für das EU-Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act, DMA) sei dies nur als allerletzte Möglichkeit vorgesehen. „Dabei haben frühere EU-Wettbewerbsfälle, zum Beispiel Google Android, gezeigt, dass die Verhaltensauflagen nicht wirkungsvoll waren, weil Google sehr geschickt Mittel und Wege gefunden hat, diese Auflagen im Wesentlichen zu umgehen.“ Schnitzer ist Mitglied im wichtigsten wirtschaftspolitischen Beratergremium der Bundesregierung, dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. […]

Quelle: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/big-tech-deutsche-digitalpolitiker-befuerworten-zerschlagung-grosser-techkonzerne-als-letztes-mittel/27284450.html>